

Richter drängen auf gütliche Einigung

Rechtsstreit zwischen ANregiomed und Leserbriefschreibern – Kritik an „gigantischer“ Verschwendung von Ressourcen – „Nuancen“

ANSBACH – Trotz starker Bemühungen der Richter ist der Streit zwischen ANregiomed und zwei Leserbriefautoren gestern vor dem Landgericht Ansbach nicht beigelegt worden. Am intensivsten wurde in zwei Verhandlungen nicht in der Sache gestritten, sondern in der Frage, wer welche Kosten übernimmt.

Am deutlichsten schrieb es Richter Markus Albrecht den streitenden Parteien ins Stammbuch, eine gütliche Einigung ernsthaft in Betracht zu ziehen. Es sei eine „gigantische“ Verschwendung von Ressourcen, sich möglicherweise über mehrere Jahre in einem derartigen Rechtsstreit „festzurennen“. Dabei legte er auch unterschiedliche Maßstäbe an die Privatpersonen, die sich in Leserbriefen an einer öffentlichen Debatte beteiligt hatten, und an das kommunale Krankenhausunternehmen ANregiomed. Der Leserbriefschreiber müsse nur sich selbst Rechenschaft ablegen, ANregiomed aber sei seinen Trägern, also Stadt und Landkreis Ansbach, dessen Gremien und letztlich auch dessen Bürgern Rechenschaft schuldig. Wirtschaftlich, so Albrecht sinngemäß, sei es allemal günstiger, den Streit jetzt zu beenden als durch mehrere Instanzen zu gehen.

Vor Gericht traf man sich, wie berichtet, wegen Äußerungen in zwei Leserbriefen, die in der FLZ veröffentlicht waren. ANregiomed sieht darin rufschädigende Tatsachenbehauptungen. Die strittigen Sätze lauten: „Wenn es nach dem Willen von ANregiomed geht, ist es also möglich, bereits mit Covid-19 infiziertes Personal weiter einzusetzen, wenn es mit einem Atemschutz ausgerüstet ist.“ Und im zweiten Leserbrief: „Eindeutig mit Corona Infizierte werden im Krankenhaus Ansbach statt 14-tägiger Quarantäne weiter beschäftigt.“

Für ANregiomed betonte Anwältin Christiane Eifler, es gehe nicht um das Prestige, sondern um den Schutz der Interessen des Unternehmens. Sie sah bis zuletzt keinen Grund und keine Veranlassung, dass ANregiomed die Kosten aus beiden Verfahren ganz übernimmt, da dies den Anschein des Eingeständnisses einer Niederlage habe. Die Anwälte der Leserbriefschreiber, Dr. Alfred Meyerhuber und Dr. Christian Teupen schlossen ihrerseits eine Kostenübernahme ebenfalls aus. Meyerhuber nannte es „unerträglich, dass ANregiomed hier solche Geschütze auffährt“. Seiner Meinung nach hat allein die Tatsache, dass es zu einem Rechtsstreit gekommen sei, „Porzellan zerschlagen und Vertrauen zerstört“. Das Krankenhausunternehmen habe wohl 100 Millionen Euro Schulden und man streite sich hier „über 500 Euro rauf oder runter“.

Zur Klarstellung in der Sache brachten Meyerhuber und Teupen eine Stellungnahme der Leserbriefschreiber ein. Darin heißt es, sie hätten nie behauptet, dass bei ANregiomed willentlich oder wissentlich Personal weiterbeschäftigt werde, das mit Covid-19 infiziert sei.

Für Richterin Grit Stottok geht es in dem Streit um „Nuancen“, wie sie sagte. Sie stellte in Aussicht, das auch das Gericht über die Verteilung der Kosten entscheiden könne.

Daniel Fries, der Justiziar von ANregiomed, bat am Ende der zweiten Verhandlung um Bedenkzeit. Sollte es bis zum 15. Mai nicht zu einer gütlichen Einigung kommen, will das Landgericht an diesem Tag eine Entscheidung treffen.

Fränkische Landeszeitung, 12.05.2020